Grundsatzrede von

Christian Lindner MdL

Bundesvorsitzender der FDP

auf dem a.o. Bundesparteitag in Berlin am 8. Dezember 2013

(bearbeitete Mitschrift)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,
liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,
liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

I.

Im Jahr 1948 hat der erste liberale Wirtschaftsminister, Ludwig Erhard, noch vor Gründung der Bundesrepublik die Zwangsbewirtschaftung und die Preisbindung aufgehoben. Trotz großer Widerstände und großer Ängste, die es vor diesem Schritt gegeben hat. Und bereits am nächsten Tag hat sich gezeigt, dass die Schaufensterauslagen wieder gefüllt waren. Der **Mut zur Marktwirtschaft** – er hatte sich für die Menschen gelohnt.

In den fünfziger Jahren hat dann die FDP zusammen mit Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland durchgesetzt: ein Rahmen für neue Unternehmungen, ein soziales Netz, das schützt vor dem Fall ins Bodenlose, und klare Regeln für den geordneten Markt.

1962 sah Konrad Adenauer in der SPIEGEL-Redaktion „einen Abgrund von Landesverrat" –und einen Grund dafür Journalisten in Haft zunehmen. Es war der liberale Abgeordnete Wolfgang Döring im Deutschen Bundestag, der sich dem Koalitionspartner entgegengestellt hat und für das Recht auf Pressefreiheit, auch gegen Konrad Adenauer und einen Teil der Öffentlichkeit, gekämpft hat. Wir hatten den **Mut, für den Rechtsstaat zu kämpfen**, den Mut, für die Pressefreiheit zu kämpfen.

In den siebziger Jahren hatte die FDP den Mut, alte Zöpfe abzuschneiden. Wir haben eine harte interne Debatte geführt über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Voraussetzung dafür, dass es eine neue Ostpolitik geben konnte. Wir haben eine moderne Gesellschaftspolitik formuliert, die auf die Emanzipation des Einzelnen gesetzt hat und – wie man damals sagte – für die Bildungsexpansion, also faire Chancen für das „katholische Mädchen vom Land". **Diese Gesellschaftspolitik, zu der wir den Mut hatten, hat unser Land freier, toleranter und fairer gemacht.**

In den achtziger Jahren hatte die FDP den **Mut zu einer marktwirtschaftlichen Wende**, um eine stagnierende Wirtschaftspolitik, die zu Arbeitslosigkeit, zu wachsenden Schulden und weniger dynamischem Wachstum geführt hatte, zu beenden. Wir haben Schritte gemacht zur europäischen Integration, um neue Wohlstandschancen über den europäischen Binnenmarkt zu erschließen und um über die Vertiefung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn den Weg zur deutschen Einheit zu ebnen.

In den neunziger Jahren hatten wir den **Mut, uns einer Gefälligkeitspolitik in Deutschland entgegenzustellen.** Das Schuldenwachstum hat die Chancen der nachfolgenden Generation beeinträchtigt. Die sozialen Sicherheitssysteme waren eben nicht sicher, sondern unvorbereitet auf den demographischen Wandel. Es war die FDP, die als erste Partei in Deutschland in ihren

Wiesbadener Grundsätzen jene Schuldenbremse für den Staat gefordert hat, die sich heute im Grundgesetz findet. Darauf dürfen wir stolz sein.

Und im vergangenen Jahrzehnt, da hatte die FDP den **Mut, sich der „Hydra" (Paul Kirchhof), der Bürokratisierung unseres Alltagslebens entgegenzustellen**. Das war der Hintergrund, warum wir ein einfaches Steuerrecht, Reformen im Sozialstaat im Sinne unseres Bürgergelds sowie eine Föderalismus- und Staatsreform gefordert haben. Das Ziel war, den Staat wieder so durchschaubar und handlungsfähig zu machen, dass jedermann, der sein Recht jeden Tag anwenden muss, es auch tatsächlich versteht. Sind wir auch in den vergangenen vier Jahren bei diesen Zielen in unserer Regierungsverantwortung nicht so weit gekommen, wie wir es uns selbst gewünscht hätten: Die Ziele bleiben richtig - und wir sollten den Mut haben, an ihnen festzuhalten.

Wir waren in den vergangenen vier Jahren mit der Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa konfrontiert. Und wir hatten den Mut, nicht den leichtesten Weg zu gehen. Es wäre leichter gewesen, Strukturprobleme in Europa einfach mit deutscher Bonität zuzuschütten, wie das die politische Linke gefordert hat. Und es wäre auch leichter gewesen, Europa in dieser kritischen Phase preiszugeben. Aber wir hatten den Mut – und haben uns auch harte interne Auseinandersetzungen dazu zugemutet – an Europa festzuhalten. Weil wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen für ein besseres Europa arbeiten. Deshalb bleibt die FDP eine Partei, die Mut zu Europa auch dann hat, wenn es nicht für jeden populär erscheint.

Dieser Gang durch unsere Geschichte zeigt etwas von unserer Identität auf. Die FDP, sie war immer Anwältin für Soziale Marktwirtschaft, für Rechtsstaatlichkeit, für Toleranz. Das sind auch die Pfeiler, auf denen unsere Gesellschaft steht. Die FDP hat ein **Wächteramt für diese Grundwerte unserer liberalen Republik**.

Die FDP war aber zu keinem Zeitpunkt eine Partei des Erhalts von Strukturen. Sie ist eine **Partei des Wandels**. Die FDP ist nicht die Partei des ängstlichen Festhaltens an vermeintlichen Sicherheiten. **Die FDP ist die Partei der Freiheit – und Freiheit braucht Mut**.

II.

Diese Identität unterscheidet uns von allen anderen politischen Strömungen in Deutschland.

Fragt man einen Konservativen, worum es ihm im Zweifel geht, so wird er antworten: „Um den Staat, um die Ordnung, um christliche Werte." Fragt man jemanden von der politischen Linken, um was es ihm geht, so wird die Antwort vielleicht nicht mehr sein, dass er sich um die Arbeiterklasse kümmern will, aber er wird von „möglichst großer Gleichheit, der Reduzierung sozialer Unterschiede" sprechen. Und spricht man jemanden von den Grünen an, worum es ihm im Zweifel, wenn die Werte miteinander in Spannung stehen, geht, dann wird die Antwort sein: „die Ökologie vor Raubbau und Ausbeutung durch Menschen zu schützen." Das ist alles gut und richtig, aber wir unterscheiden uns.

Fragt man einen Liberalen, um was es ihm geht, so wird seine Antwort sein: „Um Dich. **Um Dein Recht, im Hier und Jetzt glücklich zu werden.** Um Deine Chance, Dein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Um Deine Freiheit, Bindungen einzugehen oder zu lösen. Es geht uns um Dich, weil wir an Dich glauben. Und weil wir Vertrauen in Dich und alle anderen Menschen haben."

Dieses Gesellschaftsbild ist das optimistischste und menschenfreundlichste politische Konzept, das in Deutschland zur Wahl steht. Weil es vom Einzelnen und seiner Einsicht und Verantwortungsfähigkeit ausgeht.

Im Zentrum unserer liberalen Idee steht also nicht der Staat oder irgendeine abstrakte Idee oder soziale Klassen oder irgendetwas sonst. Im Zentrum steht der einzelne Mensch. Ihm sichern wir

die Hoheit über sein Leben. **Die FDP ist Partner aller Menschen, um ihnen diese Lebenslaufhoheit zu geben.**

Dieser Individualismus, im besten Wortsinne, unterscheidet uns von den anderen. Ein Leben in Freiheit wäre unter dem Machtdiktat von irgendjemandem nicht denkbar. Nur dann, wenn man frei entscheiden kann und nicht andere mehr Macht über das eigene Leben haben als man selbst, kann man sein Leben selbstbestimmt und in Würde führen. Und aus diesem Grund sind wir für Soziale Marktwirtschaft, für Rechtsstaat und für die Bürgergesellschaft – denn das sind die Freiheitsordnungen, in denen der Einzelne sich am besten entfalten kann.

Wir wissen, dass die Menschen nicht vereinzelt bleiben. Sie finden sich in einer Bürgergesellschaft zusammen: in Familie, Nachbarschaften, Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Elterninitiativen, Stiftungen. Nicht der Staat, sondern diese Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger sichert den sozialen Zusammenhalt. **Und deshalb haben die Bürger, ihre Freiheit und ihre Eigenverantwortung zunächst einmal eine Chance verdient, bevor man nach dem Staat ruft.**

III.

Trotz des beeindruckenden Wohlstands und trotz großer Fortschritte in der Gesellschaftspolitik, **viele fühlen sich zunehmend machtlos angesichts entfesselter Dynamiken, die ihr Leben bestimmen, aber auf die sie als Einzelne keinen Einfluss haben:**

- Es wächst das Gefühl allein mit dem enormen demographischen und technologischen Wandel konfrontiert zu sein, weil die Politik Zukunftsaufgaben scheut und den Menschen die Mittel nimmt selbst vorzusorgen.

- Der Einzelne fühlt Machtlosigkeit angesichts der Milliarden und Abermilliarden, die in den Tag und Nacht arbeitenden Pumpwerken von Euro-Rettungsschirm, Wohlfahrtsstaat und Energiesubvention umgewälzt werden.

- Es besorgt ihn die enorme Staatsverschuldung, die dem Staat zukünftige Handlungsfähigkeit nimmt.

- Über die Dominanz der Finanzmärkte über den Staat und die Wertschöpfung vor Ort kann jeder Handwerker berichten, der sich einmal um eine Finanzierung für seinen Betrieb bemüht hat.

- Regierungen treffen Entscheidungen auf Gipfeltreffen hinter verschlossenen Türen, mit denen unsere Freiheit eingeschränkt wird, die Parlamente und Bürgerinnen und Bürger aber nur noch nachvollziehen können.

- Die Shitstorm-Kultur in den neuen Medien brüllt abweichende Meinungen schnell einmal nieder.

- Und es gibt einen politischen Zeitgeist, der zunehmend den Respekt vor Privateigentum, vor privater Lebensführung und der Privatsphäre verliert.

Diese Welt, diese Gefühlslage, das ist der Ausgangspunkt heute für die Freiheitspartei, für die mutige Freiheits- und Reformpartei FDP.

Wie sind die Reaktionen der anderen auf diesen Status quo, auf diese Gefühlslage der Menschen? Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft nachgelassen hat. 73 Prozent der Deutschen sagen, früher hätte sie besser funktioniert. Eine große Mehrheit der Deutschen will mehr Verbote und Einschränkungen ihrer Freiheit, das hat in den vergangenen Wochen eine Studie des John Stuart Mill Instituts dargestellt. Die Antwort auf die Probleme wird

also beim Staat gesucht. **Es macht sich eine gewisse Freiheitsmüdigkeit breit. Und diese Tendenzen führen zu Ängstlichkeit, zu Besitzstandswahrung und zu einer fast duckmäuserischen Angepasstheit.**

Das machen sich andere Parteien zunutze. Die SPD hat im Bundestagswahlkampf plakatiert „Das Wir entscheidet". In Berlin hat ein Witzbold darunter geschrieben „Und das Ihr bezahlt". Dahinter steckt noch sehr viel. Dahinter steckt ein Bild vom Menschen und von der Gesellschaft, wenn überall eine „Demokratisierung" gefordert wird; wenn Sozialdemokraten und Grüne etwa von „demokratischer Marktwirtschaft" sprechen, in der die Richtung, in die sich die Gesellschaft entwickelt, demokratisch legitimiert werden muss. Um nicht missverstanden zu werden: Wir als Liberale sind überzeugte Demokraten. Wir wissen, dass in demokratischen Prozessen im Parlament über die Regeln des Spiels entschieden werden muss. Wenn Sozialdemokraten und Grüne aber über die Demokratisierung beispielsweise der Wirtschaft sprechen, meinen die etwas ganz anderes: In der Wirtschaftsordnung von Ludwig Erhard und Otto Graf Lambsdorff entscheiden Sie über die Richtung, die unsere Gesellschaft künftig nimmt. Sie, die Bürgerinnen und Bürger, als Unternehmer, weil Sie ein Angebot machen oder. Als Wissenschaftler, weil Sie eine bestimmte Erkenntnis suchen. Als Kunden, weil Sie sich für dieses oder ein anderes Produkt entscheiden. In dieser „demokratischen Marktwirtschaft", da entscheiden aber nicht Sie, sondern da entscheiden Politiker und Beamte über die zukünftige Richtung der Gesellschaft – und da sind wir Liberale auf der Seite der Weisheit der Vielen und wehren uns gegen die Einfältigkeit der Wenigen.

Demokratisierung, „Das Wir entscheidet" – all das bedeutet, dass eine Mehrheit auch Zugriff hat auf das persönliche Leben; auf das, was vorher privat war. Natürlich müssen die großen Fragen gemeinsam entschieden werden, aber eine Mehrheit muss in einer liberalen Gesellschaft der Minderheit und dem Einzelnen immer eine Nische zur Entfaltung lassen. **„Das Wir entscheidet" – das ist in Wahrheit die Herrschaft der Sozialingenieure und nicht mehr die tolerante, freie Gesellschaft, die wir wollen.**

Aus dieser Tendenz, die ich beschrieben habe, erwachsen natürlich auch Gegenkräfte. Nötig ist mehr denn je Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger zu setzen. Mehr denn je ist ein Anwalt nötig, die unsere Republik konstituierenden Werte von Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Privatheit zu schützen. **Gerade weil der Zeitgeist in eine andere Richtung deutet, sind Liberale mehr denn je nötig, die Partei ergreifen für jeden einzelnen Bürger, für jede einzelne Bürgerin.**

IV.

Wie reagiert nun also unsere zukünftige Bundesregierung auf diese Herausforderungen. Zunächst einmal mit einer bemerkenswerten Wortwahl. Ich weiß nicht, ob es Ihnen allen schon aufgefallen ist: Es ist jetzt fortwährend davon die Rede, die Große Koalition wolle Politik für „die kleinen Leute" machen. Ich dachte, den Begriff gäbe es seit den fünfziger Jahren gar nicht mehr in Deutschland.

Politik für „die kleinen Leute" – wer ist das? Ich kenne über 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Darunter gibt es sozial Schwächere, die unsere Solidarität erfahren. Darunter gibt es Millionen Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag ihre Pflicht tun. Darunter gibt es viele, die jeden Tag mehr als ihre Pflicht tun und großartige Leistungen für unsere Land erbringen. **Wenn eine Regierung aber von ihrem Souverän als „den kleinen Leuten" spricht, dann nimmt sie die Bürgerinnen und Bürger nicht ernst, sondern macht sie zu betreuungsbedürftigen Mündeln.** So schleicht sich der Paternalismus in Deutschland ein.

Andere Gesellschaften, die nicht so stark vom Staat geprägt sind, die kämen nicht auf die Idee eine solche Wortwahl zu wählen. Ich will das mit einer Anekdote veranschaulichen, die ich von John F. Kennedy gehört habe. Kennedy besichtigte den Weltraumflughafen von Cape Canaveral und ließ sich dort die Anlagen zeigen. Er ging also mit einem Tross von Wissenschaftlern,

Astronauten und NASA-Beamten durch Cape Canaveral. Und dann kam er an einen riesigen Hangar. Dort gab es nun einen Mann, der mit einem Besen die Halle ausgefegt hat. Da ging der Präsident zu diesem Mann und fragte ihn: „Was machen Sie hier?“ Und der Mann legte sein Kehrblech weg, und salutierte: „Mr. President, einen Mann auf den Mond bringen.“ Und der Präsident sagte: „Danke, weitermachen!“ Der wäre nie auf die Idee gekommen, diesen Mann „einen kleinen Leut“ zu nennen – denn damit nimmt man den Menschen den Stolz auf ihre Arbeit und versagt ihnen den Respekt.

Es ist ja auch bemerkenswert – jenseits der Wortwahl – was unter Politik für „kleine Leute“ in Deutschland neuerdings verstanden wird. Die Große Koalition nutzt jetzt ihre übergroße Mehrheit, um die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zu verhindern – übrigens in einem parlamentarisch höchst fragwürdigen Verfahren. Ich frage mich, wo ist eigentlich der Bundestagspräsident? Wo ist eigentlich Herr Lammert? Wenn die Parlamentsminderheit schon keine Möglichkeiten hat, dann wäre er gefordert, seine Autorität zu nutzen und darauf zu achten, dass eine 80 Prozent Mehrheit nicht die erprobten Verfahren unseres Deutschen Bundestages wie Monopoly-Spielregeln einfach verwerfen kann. Aber in der Sache: Die Große Koalition will die **eigentlich gesetzlich vorgeschriebene Senkung der Rentenversicherungsbeiträge verhindern**, um andere – ihre eigenen – Vorhaben zu verwirklichen. Die Rentenversicherungsbeiträge zahlen allerdings nicht Millionäre, sondern Facharbeiter und Kindergärtnerinnen. Das ist deren Geld, mit dem die Große Koalition dann fürsorglich Politik machen will. Und dann erwartet sie noch die Dankbarkeit, der von ihr so genannten „kleinen Leute“. **Ich nenne das eine Form der Enteignung – und so macht man aus Bürgern kleine Leute.**

Unter Politik für „kleine Leute“ wird auch verstanden, dass der Fiskus weiter am meisten von jeder Gehaltserhöhung profitiert. Denn zwar haben das Bienen-Monitoring, das Tierwohl und auch das Tanzzentrum Pina Bausch den Weg in den Koalitionsvertrag gefunden – die Dämpfung der kalten Progression aber nicht. Am vergangenen Freitag hat die „Süddeutsche Zeitung“ über Zahlen aus dem Bundesfinanzministerium berichtet: 17,5 Milliarden Euro wird der Staat bis 2017 einnehmen, weil unser Steuersystem völlig unverändert bleibt – Herr Schäuble nennt ja jede Veränderung inzwischen „Reformhuberei“. Die Unterlassung dieser Reformhuberei bis 2017 kostet die Bürgerinnen und Bürger 17,5 Milliarden Euro. **Das ist die erste, das ist die heimliche Steuererhöhung durch die Große Koalition – nämlich durch Unterlassung.** Und sagen wir es auch in aller Klarheit: Angela Merkel hat zweimal den Bürgerinnen und Bürgern die Dämpfung der kalten Progression versprochen. Und zum zweiten Mal bricht sie ihr Wort gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern.

Das alles aber offenbart bei der Großen Koalition eine Haltung. Den Leuten wird das Geld genommen bei der Rentenversicherung oder durch die kalte Progression. Es gibt – ich komme gleich nochmal darauf zurück – die Vorratsdatenspeicherung, da schaut man ins Schlafzimmer. Wirtschaftliche Freiheit wird zensiert, die Vertragsfreiheit wird eingeschränkt. Damit zeigt die Große Koalition, zeigen Union und SPD wie viel Vertrauen sie eigentlich in die Bürgerinnen und Bürger und ihre Verantwortung haben. **Der Koalitionsvertrag ist eigentlich nichts anderes als ein Misstrauensvotum gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Einer Regierung, die den Bürgerinnen und Bürgern misstraut, der sollten die Bürgerinnen und Bürger misstrauen.**

Ihren Koalitionsvertrag hat die Große Koalition unter die Überschrift „Zukunft gestalten“ gestellt. Was das heißt, das hat der renommierte Rentenexperte Bernd Raffelhüschen dieser Tage errechnet. Der Staat müsste nach seinen Berechnungen für die Rentenpläne der Großen Koalition Rückstellungen in Höhe von 852 Milliarden Euro bilden, wenn die nächste Generation nicht zusätzlich belastet werden soll. Um das ins Verhältnis zu setzen: Das ist siebenmal höher als die maximale Haftungssumme, die die „FAZ“ aus den Euro-Rettungsschirmen in Europa für Deutschland errechnet hat. Mit der Überschrift „Zukunft gestalten“ führt die Große Koalition Deutschland also hinter die Fichte. **„Zukunft gestalten“ steht drauf – „Zukunft verbrauchen“ ist drin.**

Die CDU hat Angst vor Veränderungen. Die SPD will zurück in den Wohlfahrtsstaat vor der Agenda 2010. Es ist eine Agenda des Rückschritts für Deutschland. Nein zum Schuldenabbau. Nein zu dringenden Reform. Nein zu mehr Fortschritt. **Die Große Koalition ist in einer Fluchtbewegung, ist in der Defensive erstarrt.** Die Zukunft aber, die es jetzt zu gestalten gilt, ist eine andere Welt, eine Welt der Alterung der Gesellschaft, des weltweiten technologischen Wandels, der Digitalisierung des Alltags und der Knappheit an Arbeitskraft – nicht wie bisher und in der Vergangenheit eine Welt der Arbeitslosigkeit. CDU/CSU und SPD, im Übrigen aber auch Grüne und Linke, geben darauf ausschließlich defensive, rückwärtsgewandte Antworten: weniger Flexibilität am Arbeitsmarkt, Vorratsdatenspeicherung, Rente mit 63, Frauenquoten in Vorständen, neue Subventionen und so weiter und so fort. Die **Herausforderungen verlangen aber offensive Antworten**, also neue betriebliche Arbeitsteilung, keine Angst vor der Technologie im Dienst des Menschen, mehr Förderung individueller Motivation, Entlastung der Jüngeren und mehr Zuwanderung qualifizierter Menschen. **Die Gestaltung unserer Zukunftsaufgaben, sie brauchen den Mut einer Partei, die eine liberale Agenda in Deutschland wieder mehrheitsfähig macht.**

V.

Ich will einige der Kernherausforderungen nennen.

Keine Partei steht im Zweifelsfall für die Klugheit der Vielen, also den Markt. Keine Partei stellt diese Klugheit der Vielen vor den Staat. **Wir haben Vertrauen in die Menschen, also vertrauen wir ihnen auch, dass sie im tätigen Miteinander die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer Gesellschaft finden.** Wir achten daher auf die finanzielle Belastungsgrenze von Bürgern und Betrieben. Wir schützen sie vor einer Bürokratisierung des Wirtschaftslebens, die ihnen die Kreativität und die Flexibilität nimmt, neuen Wohlstand zu erwirtschaften und im internationalen Wettbewerb zu verteidigen. Im Sinne von Ludwig Erhard ist das die sozialste Politik, die man überhaupt nur formulieren kann.

Deshalb sind die zahlreichen Eingriffe in die Vertragsfreiheit, die jetzt geplant sind, von der Zeitarbeit bis zum Mindestlohn, aus meiner Sicht kritisch. Etwa jener Mindestlohn. Wenn sogar die Caritas – nicht die Arbeitgeberverbände, nicht die FDP, nicht der Wirtschaftsrat der CDU – vor der Einführung eines starren gesetzlichen Mindestlohns warnt, dann müsste man auch im Bundeskanzleramt beginnen nachzudenken. Das zeigt nämlich, dass es nicht darum geht, Lohndumping zu verteidigen – dagegen wenden auch wir uns. Hier geht es darum, dass **durch einen starren gesetzlichen Mindestlohn die Einstiegsjobs für gering Qualifizierte zerstört werden** könnten. Das mag sozial gemeint sein – aber mit jedem Einstiegsjob, der dadurch zerstört wird, wird Deutschland nicht sozialer, sondern verliert etwas an Aufstiegschancen und sozialer Gerechtigkeit.

1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren verfügen über keinerlei Schul- und Berufsabschluss. Wer für diese Menschen etwas tun will, der muss in Qualifikation investieren. Der muss auch noch Endzwanzigern ermöglichen, dass sie einen Schulabschluss und eine Ausbildung erreichen können. Das hilft konkret. Der starre gesetzliche Mindestlohn, der wird dagegen – zumal in den neuen Ländern – eine noch höhere Hürde sein, die diese Menschen überwinden müssen, um eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu haben. Daran ist nichts sozial.

Das ist aber nur die eine Seite unserer Wirtschaftspolitik: der Schutz vor überflüssigen Regelungen und Bürokratisierung des Wirtschaftslebens. **Die andere Seite, das ist die Ordnung unseres Miteinanders in Wirtschaft und Gesellschaft.** Es ist genauso wichtig, wie den Schutz vor übertriebenen Regulierungen zu kritisieren, diejenigen Bereiche zu identifizieren, wo der Staat als Schiedsrichter tatsächlich gebraucht wird. **Denn unser Marktvertrauen ist keine Marktgläubigkeit.** Der Markt braucht Regeln, damit er funktionieren kann. Alexander Rüstow, einer der Ideengeber des neuen Liberalismus in den

zwanziger und dreißiger Jahren sagte, der Staat müsse oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten stehen – um von dort die Regeln des Spiels zu bestimmen. Diese Regeln müssen für alle gleich sein, weil das die Grundlage für fairen Wettbewerb und individuelle Entscheidungsfreiheit ist. Wenn nun aber einzelne Unternehmen und Banken so mächtig geworden sind, dass sie nicht scheitern dürfen, dann verformt das die Marktwirtschaft, dann werden die Grundprinzipien von Wettbewerb und Haftung außer Kraft gesetzt. **In der liberalen Wirtschaftsordnung darf niemand „too big too fail" werden.**

Während unsere deutschen Familienunternehmen und die Beschäftigten enorme Lasten schultern müssen, können internationale, oft amerikanische Konzerne Milliardengewinne erwirtschaften, ohne dass sie sich an der Finanzierung unserer Infrastruktur und unseres Gemeinwesens beteiligen müssen. Denn sie können ihre Gewinne in Steueroasen – mindestens nach Luxemburg – verlagern. **Also brauchen wir ein international abgestimmtes Steuerrecht, das Waffen- und Regelgleichheit zwischen Mittelstand und dem internationalen Konzernkapitalismus schafft.**

Wenn wir dieser Tage wieder erfahren haben, dass Großbanken Zinsen und Devisenkurse zum Schaden von Millionen Kundinnen und Kunden manipulieren, dann erwarten auch liberal denkende Bürgerinnen und Bürger, **dass wir dieser Anarchie der Raffer die Regeln einer liberalen Wirtschaftsordnung entgegensetzen**. **Wir sind nämlich nicht für Banken, wir sind nicht für Business, wir sind für Menschen in Märkten.** Das ist unsere Kernkompetenz, Märkte so zu ordnen, dass der Fleißige und nicht der Findige belohnt wird.

Die größte Hürde aber für die Ordnung der Kapitalmärkte ist die Verbindung von Staatsfinanzen und Finanzindustrie. Ich will das an einem Gespräch veranschaulichen, das ich vor einiger Zeit in China geführt habe. Ich war dort zu Gast – nicht jeder hier weiß das: Ich habe für die FDP eine Zeit lang ja die institutionellen Beziehungen zwischen der FDP und der KP Chinas verantwortet. Warum lachen da manche? Die FDP und die KP Chinas, wir haben zusammen 82 Millionen Mitglieder... Da muss man sich auf dem Laufenden halten...

Ich sprach also mit einem chinesischen Vizeminister, und der sagte mir: „Ach, wissen Sie Herr Lindner, wir sind inzwischen voll vom Kapitalismus, also Privateigentum und Wettbewerb und Entscheidungen vor Ort, überzeugt. Das ist sinnvoll. Da werden die Menschen schneller reich. Das finden wir gut. Aber Ihr kombiniert ja Kapitalismus mit Demokratie – und das hat in den vergangenen 40 Jahren doch dazu geführt, dass Eure Politiker sich vor Wahlen immer hingestellt haben und neue, zusätzliche Versprechungen, neue Wohlfahrt angekündigt haben, neue Ausdehnung des Staates und neue Staatsaufgaben, die danach dann seit 40 Jahren immer wieder neu auf Pump finanziert werden mussten. Dadurch habt Ihr doch Eure Staaten in die Abhängigkeit der Finanzmärkte gejagt – und das wollen wir nicht." Das wollen wir auch nicht. Nur unsere Antwort kann nicht sein, wie die Chinesen, Kapitalismus und Demokratie zu trennen. **Wir wollen wieder eine vernünftige, nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik, wo die Politik nur das verspricht, was sie auch bezahlen kann.**

In den letzten Jahren sind Staaten und Finanzindustrie immer weiter zusammengewachsen. Einer hat bereits von einer „Bastardökonomie" gesprochen, weil es eben keine Marktwirtschaft mehr ist, wenn Staaten und Finanzindustrie in dieser Weise verbunden sind. Es ist also die ordnungspolitische Schlüsselaufgabe der nächsten Jahre, diese beiden Sphären wieder zu trennen, denn keiner hat etwas davon, wenn auf der einen Seite Staaten und Banken stehen und auf der anderen Seite dann der Mittelstand.

Diese Bereiche sind zu trennen, und wir sind in der Zeit unserer Regierungsverantwortung seit 2009 ja ein beachtliches Stück weiter gekommen. Die noch gültige Finanzplanung der schwarz-gelben Bundesregierung sieht vor, dass wir im Laufe der Legislaturperiode bis 2017 mit der Tilgung von Altschulden begonnen hätten. Das ist jetzt abgesagt worden. Stattdessen hat sich die Große Koalition auf 23 Milliarden Euro Mehrausgaben – vorsichtig geschätzt – verständigt. Frau Merkel kauft sich damit einen neuen Koalitionspartner. In Europa empfehlen wir unseren

Partnern dagegen, dass sie wieder solide wirtschaften sollen. **Diese Gefälligkeitspolitik in Deutschland gefährdet unsere Glaubwürdigkeit in Europa und damit auch den Stabilisierungskurs über unser Land hinaus.**

Wir halten daran fest: **der Staat muss aus den Ketten seiner Schulden, aus der Abhängigkeit seiner Gläubiger befreit werden.** Das ist ein Gebot der ökonomischen Klugheit und im Übrigen auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Bevor also der Staat seine aktuellen Aufgaben nicht dauerhaft und nachhaltig und ohne Steuer- und Abgabenerhöhung finanzieren kann, verbietet sich die Diskussion über jede neue zusätzliche Staatsaufgabe. Wir brauchen auch eine Ausgaben-, eine Schulden- und eine Belastungsgrenze.

Mit Blick auf den Finanzsektor ist die Aufgabe eigentlich noch dringender – wegen der aktuellen Niedrigzinspolitik zusammen. Mario Draghi gibt den Banken Niedrigzinsen. Die kaufen sich dann Staatsanleihen, die höher verzinst sind, und haben sie in ihrer Bilanz, ohne dass dafür eine Risikovorsorge vorsehen wäre. Wer könnte in diesen Tagen aber noch davon sprechen, dass die Staatsanleihe im Euroraum per se risikolos wäre? Und deshalb ist die Aufgabe nun dafür zu sorgen, dass Staatsanleihen mit dem angemessenen Risiko behandelt werden, das sie auch tatsächlich haben. **Das bremst dann die Möglichkeit, dass kreditsüchtige Politik sich über den Umweg der Banken in Wahrheit von der Notenbank finanzieren lässt.**

Die große wirtschaftspolitische Herausforderung, vor der wir in den nächsten Jahren stehen, das ist die Bewältigung – und ich spreche bewusst von Bewältigung – der Energiewende. 24 Milliarden Euro werden im nächsten Jahr im Erneuerbare Energien Gesetz umgewälzt – für Energie, die einen Marktwert von 6 Milliarden Euro hat. 18 Milliarden Euro sind also Einkommensumverteilung. Die Rentnerin und der BAFöG-Empfänger zahlen in den EEG-Topf ein, und Investoren bekommen dann für 20 Jahre eine garantierte Rendite. Das ist die größte Umverteilung von unten nach oben, die wir in Deutschland haben. Dazu schweigen die linken Gerechtigkeitstheoretiker bemerkenswerterweise. Und die Große Koalition sie macht im Kern nichts. Eine grundlegende Reform des Erneuerbare Energien-Gesetzes ist erst für das Jahr 2017/2018 geplant. Also erst in der nächsten Legislaturperiode. Die Große Koalition verlässt schon der Mut zur Gestaltung, bevor sie überhaupt angefangen haben. **Wir müssen aber jetzt umgehend die Strukturen des Erneuerbare Energien Gesetzes verändern**, weil es sonst den deutschen Standort nicht stärkt, sondern in Wahrheit belastet, Arbeitsplätze kostet und ein Anschlag auf soziale Gerechtigkeit ist.

Diese Reformunwilligkeit ist inzwischen nahezu amtlich attestiert worden. Die EU-Kommission eröffnet jetzt ein Beihilfeverfahren gegen Deutschland wegen der Ausnahmen im EEG. Und das wird mit dem Hinweis verbunden, man habe jetzt gesehen, dass es keine echte Reformbereitschaft in Deutschland gibt. Das ist enorm gefährlich für unsere energieintensiven Betriebe, wenn deren Ausnahmeregelungen jetzt fallen sollten. Wenn die Große Koalition nicht schon mit Blick auf die Zahlen und die Physik tätig werden müsste, dann sollte sie es nach dem Ordnungsruf aus Brüssel.

Ich sehe drei Punkte in der Energiepolitik, die für die FDP zentral sind. Die Große Koalition reagiert auf die Probleme der Subventionierung der Erneuerbaren Energien dadurch, dass es neue Subventionen gibt. Jetzt für die konventionellen Kraftwerke. Das ist typisch sozialdemokratisch: Macht die eine Subvention den Markt kaputt, dann versucht man mit der nächsten Subvention gegenzusteuern. In Wahrheit müssen wir die **Dauersubvention für die Erneuerbaren Energien auf den Prüfstand** stellen – dann brauchen wir keine neuen Subventionen.

Schwarz und Rot wollen immer schneller die Energiewende realisieren. Wir haben inzwischen ein aberwitziges Tempo. Wir sollten in Erinnerung rufen: Der Plan ist, dass wir im Jahr 2050 80 Prozent der Energie aus Erneuerbaren beziehen – und nicht bereits im Jahr 2030. Das Tempo überfordert nicht nur unseren Wirtschaftsstandort, es ist auch teilweise schlicht physikalisch nicht möglich. Deshalb brauchen wir **ein angemessenes Tempo der Energiewende**, das sich

nach Wirtschaftlichkeit und den physikalischen Möglichkeiten in den Netzen richtet – und nicht nach dem Wunschdenken, das am grünen Tisch entsteht, im wahrsten Sinne des Wortes.

Und nicht zuletzt: Nichts ist so europäisch wie die Energiepolitik, denn die Netze sind europäisch. Es gibt keine allein deutsche Energiewende. Es gibt erst recht keine bayerische oder nordrhein-westfälische Energiewende. Überhaupt gehört dieses Denken in Autarkie eigentlich ins 19. Jahrhundert. Wir leben in Europa – und deshalb **braucht auch die Energiepolitik eine europäische Perspektive mit einem europäischen Strombinnenmarkt**, in dem wir die Möglichkeiten des Klimas, der Topographie optimal nutzen können – mit Windkraft im Norden, mit Wasser in den Alpen und in Skandinavien, mit Sonne im Süden. So wird das für alle gemeinsam ein Gewinn und nicht nur ein Schaden für die Deutschen.

VI.

Ein zweites großes Thema hat uns in diesem Sommer beschäftigt: Die Enthüllungen zur Tätigkeit amerikanischer und britischer Geheimdienste in Deutschland haben offenbart, dass die **Privatheit auch im 21. Jahrhundert und auch in Demokratien nicht gesichert** ist. Dabei geht es nicht nur um Sicherheitspolitik, sondern um einen grundlegenden Strukturwandel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Zeiten der Digitalisierung aller Lebensbereiche. Ihn zu gestalten und die individuelle Freiheit zu verteidigen, ist eine unsere Aufgaben.

Privatsphäre ist ein Menschenrecht. Doch nun wissen wir, dass unsere Daten und unsere Kommunikation nicht mehr privat sind – wir uns zumindest nicht mehr darauf verlassen können. Das vornehmste Bürgerrecht läuft also zunehmend leer. Je stärker unser Alltag von elektronischen Medien durchdrungen ist und je mehr Daten staatliche oder kommerzielle Stellen sammeln, desto mehr besteht die Möglichkeit, dass wir durchsichtig werden, für wen auch immer. Wer sich aber nicht darauf verlassen kann, dass Privates auch privat bleibt, der verändert sein Verhalten. Wenn ich nicht weiß, wenn ich mich nicht darauf verlassen kann, dass das Privateste auch privat bleibt, und ich entscheide, wer etwas von mir weiß oder nicht weiß, dann werde ich mich immer so verhalten, als stünde ich unter den Augen der Öffentlichkeit. Das ist die größte Freiheitseinschränkung, denn das Öffentliche und Private fallen nur in totalitären Gesellschaften zusammen – in liberalen bleiben sie getrennt.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sprach noch vor der Bundestagswahl von einem „Supergrundrecht“ auf Sicherheit. Damit könnte jedes andere Freiheits- und Abwehrrecht gebrochen werden. Dieses Denken führt weg vom liberalen Rechtsstaat direkt zum Überwachungsstaat. **Der Staat kann nicht alles dürfen, was er technisch kann.** Dieses Denken ist eine Freiheitsbedrohung, die der Bedrohung durch den Terrorismus nicht nachsteht. Wir werden bedroht von Menschen, die uns unsere offenen Gesellschaften und unsere Freiheiten neiden. Deshalb versuchen sie uns im Alltag zu treffen. Wenn wir auf diese Bedrohung unserer Freiheit und der Offenheit unserer Gesellschaften dadurch reagieren, dass wir selbst unsere Freiheit und unsere Offenheit opfern für vermeintliche Sicherheit, dann haben die in Wahrheit doch schon gewonnen, ohne dass sie überhaupt etwas unternehmen müssen. Dann hätten wir uns unterworfen.

Dennoch, als sei nichts gewesen, beschließt die Große Koalition jetzt die **Vorratsdatenspeicherung**. Niemand kann sich sicher sein, dass diese Daten nicht irgendwann in unbefugte Hände, in Hände von wem auch immer geraten – die Amerikaner haben auch nicht geglaubt, dass ihre schlüpfrigen Kabelberichte aus den Botschaften irgendwann bei Wikileaks zu finden wären. Niemand kann sich sicher sein, dass seine Daten nicht auch irgendwann aufgrund von technischem Versagen oder krimineller Energie irgendwo im Internet zu besichtigen sind – und man sehen kann, mit wem sie die letzten sechs Monate von wo telefoniert oder SMS geschickt haben. Dann kann Wolfgang Kubickis Ehefrau sehen, wo er mit wem wann telefoniert hat. Also, Wolfgang, in Deinem Fall mache ich mir keine Sorgen, aber es hat Phasen im Leben von Horst Seehofer gegeben, da wäre es ihm nicht recht gewesen...

Die Befürworter der Bürgerüberwachung haben sich schon in der Vergangenheit nicht gescheut, Zusammenhänge zu konstruieren, die es faktisch nicht gibt. Das gab es immer, dass Fahndungserfolge vorgeschoben wurden, die angeblich mit der Vorratsdatenspeicherung zu tun haben. Das hat dieser Tage auch Sigmar Gabriel gemacht. Er hat in einem Fernsehinterview behauptet, dass die Aufklärung des fürchterlichen Terrorakts in Norwegen etwas mit der Vorratsdatenspeicherung zu tun hätte. In Norwegen gibt es aber keine Vorratsdatenspeicherung. Und bei allem Respekt vor dem Kollegen, wegen dieser Lüge sollte sich Sigmar Gabriel schämen.

Auf europäischer Ebene wird über den Datenschutz gesprochen. Es gibt eine **europäische Datenschutz-Grundverordnung**, die geplant ist, über die seit anderthalb Jahren gestritten wird. Unlängst hat der Europäische Rat diese europäische Datenschutz-Grundverordnung schon wieder verschoben – auf einen Zeitpunkt nach der Europawahl, vielleicht im Jahr 2015 möglicherweise auch noch später. Auf Betreiben der Bundeskanzlerin. Gerade jetzt müsste Europa im Gespräch mit den Vereinigten Staaten und für anstehenden Verhandlungen seine eigenen politischen Werte und seine eigenen Datenschutzanforderungen klären. Die **Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, dass die Regierungen beim Schutz ihrer Grundfreiheiten das gleiche Tempo an den Tag legen, das sie haben, wenn es um die Rettung von Banken und das Aufspannen von Rettungsschirmen geht.** Es ist gleich wichtig, ob es um Freiheit geht oder um finanzpolitische Fragen.

Ich erlaube mir im Zusammenhang mit der Rechtsstaatspolitik noch einen weiteren Hinweis, weil sich ja unsere Innenminister, egal ob der Sheriffstern schwarz oder rot ist, überwiegend damit beschäftigen, neue Grundrechtseingriffe zu begründen. Ich frage mich, ob das eigentlich deren Kerngeschäft ist? Ich lese immer wieder, dass es bei uns inzwischen Einbruchsserien organisierter Banden gibt. Uns ist einmal vorgeworfen worden, die Liberalen sie seien für den „Nachtwächterstaat“. Wenn es darum geht, dass die Menschen ruhig schlafen können, weil es funktionierende Polizeibehörden gibt, die dafür sorgen, dass nicht einer einsteigt und danach auch nicht mehr belangt werden kann, obwohl die Hehlerware bei eBay angeboten wird, dann sage ich: „Ja“, in diesem Sinne wollen wir durchaus den „Nachtwächterstaat“, denn das ist seine vornehmste Aufgabe: dafür zu sorgen, dass die Menschen ruhig schlafen können.

Ein zweiter Umstand hat mich schockiert. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen, die es gegen den Rapper Bushido wegen dessen Verbindungen in eine Szene hier in Berlin gab. Da haben Richter und Staatsanwälte in laufende Fernsehkameras gesagt, dass sie bestimmte Straftaten in bestimmten Stadtteilen von Berlin nicht mehr verfolgen würden, weil sie befürchten müssen, selber zu Opfern zu werden. Wir sind für den Rechtsstaat. Wir sind dafür, dass seine Mittel gemäßigt und verhältnismäßig sind. **Der Rechtsstaat ist der Freiheit des Einzelnen verpflichtet, er darf nicht alles. Freiheit geht vor Sicherheit. Aber für Liberale ist es nicht akzeptabel, dass es irgendwo in Deutschland einen Bereich gibt, wo der Rechtsstaat die Augen verschließt und sich zurückzieht.** Rechtsfreie Räume wollen wir in Deutschland nicht haben.

VII.

Wir stehen dafür, dass jeder eine Chance bekommt ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Aber auch dafür, dass die Stärkeren in der Gesellschaft für die Schwächeren eintreten. Denn nicht jeder schafft es, seine Chance in einen Erfolg zu verwandeln. Wir wissen auch, wir werden die Schwachen nicht dadurch stärken, indem wir die Starken schwächen. **Wer soziale Fragen als berechtigt annimmt, ist nicht verpflichtet, darauf eine sozialdemokratische Antwort zu geben.** Es gibt auch eine liberale Perspektive.

Diese liberale Perspektive sie ist notwendiger denn je, denn die Steigerung der Sozialleistungsquote in Deutschland – wir verwenden inzwischen ein Drittel unserer gesamten Wirtschaftsleistung für soziale Fragen – in den vergangenen Jahrzehnten hat eben nicht dazu geführt, dass unsere Gesellschaft heute signifikant sozialer oder gerechter wäre als noch vor einigen Jahren.

Im Gegenteil. Ich behaupte, dass unser **Wohlfahrtsstaat sich von seinem eigentlichen Ziel entfernt** hat. Sein Ziel muss doch sein, den Einzelnen zu befähigen, unabhängig sein Leben zu führen, sein Leben in Freiheit selbst zu gestalten. **Er ist aber zu einem Magneten geworden:** Wer ihm nahe kommt, der wird von ihm angezogen. Und je näher man ihm kommt, desto stärker hält der Wohlfahrtsstaat einen Bedürftigen mit seinen Institutionen und Leistungen fest. Er führt in die Abhängigkeit. Man geht generell davon aus, dass wir alle vom Staat irgendwie beraten, betreut und zu einem besseren Leben angereizt, erzogen oder gedrängt werden müssen. Was ist das für ein Bild von einer Gesellschaft? Was ist das für ein Wohlfahrtsstaat, der sich die Bürgerinnen und Bürger nach seinem Abbild formen und in Schablonen pressen will? Wir haben ein anderes Bild, wir haben das Bild eines Sozialstaats, der ist wie ein umgepolter Magnet: Wer ihm nahe kommt, soll nicht angezogen werden, sondern er soll immer wieder in die Selbstbestimmung, in die Unabhängigkeit gebracht werden. Deshalb sind Konzepte wie unser Bürgergeld, die auch für Menschen mit einer geringeren Qualifikation mit einem geringeren Einkommen einen echten Anreiz bieten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, diesen Umverteilungsinstrumenten allemal überlegen. Denn sozial ist nicht, den Menschen das Taschengeld zu erhören. **Sozial ist es, ihnen Chancen auf Selbstbestimmung zu geben und zu zeigen, dass sich jede Anstrengung lohnt, auch die in einem noch nicht so gut bezahlten Beruf.**

Der Schlüssel dafür sind **Bildung und individuelle Qualifikation**. Es ist ein Skandal, dass in manchen Gegenden noch fast jeder zehnte Jugendliche ohne einen Schulabschluss bleibt. Was haben die für Perspektiven im Leben? Da muss man sich ja nicht wundern, dass sie auf den Staat angewiesen sind oder ihr Dasein dauerhaft im Niedriglohnbereich fristen müssen. Das Ziel der Bildungspolitik muss also sein, nicht nur auf die formalen Abschlüsse oder gar nur auf das Ende der Schulpflicht zu achten. **Das Ziel der Bildungspolitik muss die Integration, muss die Brücke in den Arbeitsmarkt sein – insbesondere an den Haupt- und Realschulen.** Denn da entscheidet sich, wie der ganze weitere Lebensweg ist. Wer hier schon den Anschluss verliert, wird auf Dauer in Abhängigkeit von staatlichen Systemen leben müssen. Genau das wollen wir nicht, denn wir wollen unabhängige Menschen– im Urteil, aber auch hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer Möglichkeiten, etwas aus ihrem Leben zu machen.

Das ist keine Leistungsrelativierung, weil das Bemühen um Chancengerechtigkeit ja gerne unter dem Vorzeichen der Idee der Gleichheit diskutiert wird. **Abitur für alle ist kein sinnvolles politisches Ziel.** Mir ist ein glücklicher Facharbeiter lieber als ein unglücklicher Professor wie Bernd Lucke.

Wahlfreiheit, Wettbewerb, Autonomie – das sind unsere Leitideen für die Gestaltung des Bildungssystems. 60 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland sagen, sie hätten gerne mehr Möglichkeiten, den Unterricht selbst zu gestalten. Sie wünschen sich mehr Einfluss auf den Schulalltag vor Ort. Aber stattdessen sind sie gefangen in einem dichten Korsett ministerieller Verordnungen und Vorgaben. 60 Prozent der Lehrer sagen, sie wollten mehr tun für den individuellen Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler – sie werden aber daran gehindert. Das zeigt doch: Wir brauchen nicht den großen Umbau des Bildungssystems, nicht große Strukturdebatten, nicht die Einheitsschule. Wir brauchen das, was Menschen immer brauchen, wenn sie sich entfalten wollen: nämlich Freiheit – auch in jedem Klassenzimmer, weil Bildung sich zwischen Menschen vollzieht, zwischen motivierten Lehrerpersönlichkeiten und ihren Schülerinnen und Schülern.

Wo Sozialdemokraten und Grüne jetzt Verantwortung haben, erleben wir das genaue Gegenteil. Andreas Pinkwart sitzt hier vor mir, der das nordrhein-westfälische **Hochschulfreiheitsgesetz** seinerzeit zu verantworten hatte, von dem die Hochschulrektorenkonferenz gesagt hat, es sei „mustergültig“, das einen enormen Schub an Kreativität in die Fachhochschulen und Universitäten in unserem Land gebracht hat, das auch ganz konkret im Alltag die Qualität der Lehre und der Forschung verbessert hat. Und jetzt geht eine rot-grüne Nachfolgeregierung daran, die ganzen Freiheiten wieder einzusammeln, weil man in Düsseldorf lieber wieder

Hochschulen hätte, die wie nachgeordnete Behörden auf den Befehl aus dem Ministerbüro warten. So zerstört man die Kreativität und die Verantwortungsbereitschaft, die es im Bildungssystem gibt.

Nichts ist sozial an der Idee, wir bräuchten Einheitsschulen in Deutschland. In Baden-Württemberg oder bei uns in Nordrhein-Westfalen und an vielen anderen Orten ist das Gymnasium die erfolgreichste und beliebteste Schulform. Das ist keine Eliteschulform. **Das Gymnasium**, das heute mitunter von 50 bis 60 Prozent eines Altersjahrgangs besucht wird, **ist die Schule von Mittelstand und Mittelschicht**. Weil es aber Parteien gibt, die eine Gesellschaft wollen, die auf Gleichheit basiert, wollen sie auch ein Bildungssystem, das an der Idee der Gleichheit ausgerichtet ist. Denn die Werte, die man in der Bildungspolitik vertritt, das sind in Wahrheit doch die, die man auch für die Gesellschaft insgesamt will. Was wäre aber die Folge eines vereinheitlichten Bildungssystems? Dann würden doch diejenigen, die heute ihre Kinder zum Gymnasium geben und dieser neuen Einheitsschulform nicht vertrauen, den letzten Euro zusammenkratzen, um ihre Kinder dann wie in Großbritannien und in den USA in Privatschulen zu geben. Was ist daran sozial? Damit würde das genaue Gegenteil erreicht – nämlich die Spaltung der Gesellschaft in die, die sich private Bildung leisten können, und die anderen, die mit ihren Kindern in den öffentlichen Schulen bleiben müssen.

VIII.

Unser größter Auftrag in den nächsten Jahren das ist die **Gestaltung Europas**. Für die Generation meiner Großeltern, da hat Europa Frieden bedeutet. Für die Generation meiner Eltern war Europa Wohlstand. Für meine Generation ist Europa zunächst Freiheit: das zollfreie Paket aus Paris, keine bürokratischen Scherereien bei der Wahl des Studienortes in Rom oder der Annahme eines Arbeitsplatzes in Madrid, keine Schlagbäume, die man passieren muss, wenn man Urlaub in Portugal machen will, keine Währungsschwankungen, wenn Mittelständler in Europa Geschäfte machen wollen. **Europa ist heute ein Raum der Freiheit. Und deshalb sollten wir dieses europäische Freiheitsmodell weiter verteidigen.**

Europa ist ein kooperatives Modell. Es hat damit einen Vorbildcharakter in der Welt, weil hier Nationen eine Tradition von europäischen Bruderkriegen überwunden und sich auf Gemeinsamkeit besonnen haben, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Das ist umso wichtiger, weil sich die Gewichte in der Welt dramatisch verschieben in den pazifischen Raum. Wer also unseren Wohlstand, unseren Lebensstil, unseren „way of life“ verteidigen will, der muss Europa zusammenhalten, weil wir nur dann ein Akteur auf der Weltbühne bleiben können.

Europa selbst aber hat einen Klärungsbedarf, was seine Identität und seine Strukturen angeht. Ich empfinde es als einen Treppenwitz der Geschichte, dass auf der einen Seite in Brüssel die EU-Kommission Sanktionen gegen Deutschland prüft, weil unser Arbeitsmarkt zu flexibel, unsere Schulden zu niedrig und unsere Wirtschaft zu wettbewerbsfähig ist – weil sich marktwirtschaftliche Reformen also als „zu erfolgreich“ herausgestellt haben. Und zeitgleich beschließt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Peking, dass man zukünftig vor allen Dingen auf den Markt vertrauen will, wenn es um die Zuteilung von Ressourcen geht. **Europa ist in der Defensive – und wir wollen, dass Europa wieder in die Offensive findet.**

Diese Defensive spüren auch die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb gibt es eine Konjunktur rechtspopulistischer Parteien in Europa: Le Pen in Frankreich, UKIP in Großbritannien. Wir haben diese Partei, die ich die „nationalökonomische Bauernfängertruppe“ nenne. Das sind Parteien, die haben keine Konzepte zur Gestaltung Europas. Die nehmen nur auf, dass es eine nicht geklärte Zukunftsperspektive für unseren Kontinent gibt. Die nehmen auf, dass selbst bürgerliche Wähler den Eindruck haben, dass die etablierten Parteien über die bestehenden Strukturprobleme in Europa den Mantel des Schweigens breiten wollen. **Deshalb ist es unsere Aufgabe als Partei mit dezidiert europäischer Tradition, Gesinnung und Zukunftsperspektive, dass wir als Freunde Europas seine Strukturdefizite benennen und**

an ihnen arbeiten, weil wir Europa nicht den Gegnern der europäischen Idee überlassen wollen.

Dann sagen wir es: Wir wollen mehr Europa in den Bereichen, wo es nur gemeinsame europäische Lösungen geben kann – bei der Energie, beim Datenschutz, bei der Ordnung der Finanzmärkte. Aber über Staubsauber, Glühbirnen, Frauenquote – darüber können wir in Deutschland selbst entscheiden, da brauchen wir keine Regelung aus Brüssel, das ist eine Frage, die in nationaler, in regionaler und am liebsten in der Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger verbleiben kann.

Im Kernfeld der Euro-Stabilisierung müssen wir uns insbesondere diese **AfD vorknöpfen, weil sie den Eindruck erwecken, sie hätten ökonomische Argumente für ihre politischen Positionen**. Was die im Einzelnen wollen, weiß ja niemand: Parallelwährung, Euroaustritt, Abwicklung der Eurozone? Wir können dagegen eines feststellen: Die Stabilisierungspolitik, die wir seit 2010 formuliert haben, sie zeigt jetzt erste Erfolge. Man kann es etwa bei den Leistungsbilanzen sehen oder bei den Risikoaufschlägen auf Staatsanleihen. Es hat dramatische Reformen gegeben beispielsweise in Griechenland. Bei uns gibt es Diskussionen darüber, wenn die Rente nicht steigt – dort sind Einkommen, Pensionen und Renten um 20 bis 30 Prozent gekürzt worden. (Diese Kraftanstrengung verdient Respekt.) Es hat also enorme Fortschritte (auf dem Weg zu mehr Stabilität) gegeben. Wir sind auf dem richtigen Weg. Jetzt aus ideologischen Gründen – und nichts anderes ist das, was diese AfD im Programm hat – neue Turbulenzen in Europa zu verursachen, ist nicht verantwortbar. Der Weg muss weiter fortgesetzt werden.

In Sorge bin ich aber, ob dieser Weg von der Großen Koalition weitergegangen wird. Und diese Kritik müssen wir äußern. Wolfgang Schäuble hat auf einem europäischen Gipfel dieser Tage zugestimmt, dass zukünftig auch die einzelne Bank aus dem europäischen Stabilitätsmechanismus finanziert werden kann. Jetzt wird eine Bankenunion in Europa vorbereitet. Gegen die ist nichts zu sagen, solange es sich um gemeinsame Regeln und gemeinsame Verfahren handelt. Beabsichtigt ist aber spätestens mittelfristig ein gemeinsamer europäischer Bankenabwicklungsfonds. In den zahlen dann alle Banken in Europa, die eine bestimmte Größe haben, ein, und der wird genutzt, um marode Banken zu stabilisieren oder abzuwickeln. Merken Sie, was da beabsichtigt ist? **Der paneuropäische Bankenabwicklungsfonds, das ist nichts anderes als die Transferunion durch die Hintertür.** Am Ende könnte nämlich dann der deutsche Sparer für marode spanische Sparkassen haften – und das haben wir immer zu verhindern versucht.

IX.

Aus dieser Selbstvergewisserung, diesen Projekten liberaler Politik erwächst für uns auch eine neue Souveränität, alte Klischees zu überwinden: Wenn der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, dieser Tage die Technologie- und Fortschrittsskepsis in Deutschland beklag, dann hat er uns an seiner Seite. Und wenn ein Wirtschaftsverband für seine Branche Privilegien fordert, zu Lasten seiner Kunden, dann kann er des Widerstands der Partei des Wettbewerbs sicher sein. Überwinden wir also diese alten Schützengräben. **Die FDP ist jetzt so eigenständig und unabhängig wie niemals in ihrer Geschichte zuvor.**

Das betrifft nicht nur unsere Verbündeten außerhalb der Politik, sondern das betrifft auch das politische System selbst. Das alte Lagerdenken der Bundesrepublik Deutschland ist seit der letzten Bundestagswahl Geschichte. Wir definieren uns nicht mehr über die Nähe oder die Ferne zu irgendeiner anderen Partei. Wir haben seinerzeit für Kohl Wahlkampf gemacht statt für uns selbst – und es war falsch. Wir haben jetzt Wahlkampf gemacht für Merkel statt für uns selbst – und es war falsch.

Wir machen Wahlkampf für uns selbst. Wir definieren uns selbst. Wir lassen uns nicht von anderen sagen, was wir zu tun, was wir zu lassen, was wir gut zu finden oder abzulehnen haben. Wir haben unseren eigenen Kompass – und dieser Kompass ist attraktiv für genug Menschen. Wir brauchen keine „Leihstimmen“ – **wir brauchen Überzeugungstäter für unsere liberale Politik.**

Wir stehen damit für einen Liberalismus, der lernfähig ist. Für einen Liberalismus, der den Bürgerinnen und Bürgern vertraut. Wir stehen für einen Liberalismus, der niemals stillsteht, sondern der unsere gemeinsame Zukunft optimistisch gestalten will.

Auf so eine Kraft in Deutschland kann niemand verzichten.